

Christian Baldauf, MdL

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz

Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Mainz, 19. November 2020

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

die derzeitige Diskussion zum Beförderungsskandal im Umweltministerium unter Ministerin Höfken und Staatssekretär Dr. Griese veranlasst mich, Ihnen heute zu schreiben.

Zunächst darf ich wohl davon ausgehen, dass zwischen uns Übereinstimmung dahingehend besteht, dass die verfassungswidrige Beförderungspraxis im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten völlig inakzeptabel ist und im diametralen Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht. Die rechtlichen Verfahren zur Beamtenbeförderung sind kein Selbstzweck. Durch die vom Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz festgestellten Verstöße wird deutlich, dass die Landesregierung die verfassungsrechtlich garantierte Institution des Berufsbeamtentums zum wiederholten Male beschädigt hat.

Nach dem Beschluss des Obergerverwaltungsgerichts musste die CDU-Fraktion zunächst davon ausgehen, dass es sich um gravierende Einzelfälle handelt. In der Zwischenzeit steht jedoch zweifelsfrei fest, dass wir es mit systematischen Verfassungs- und Rechtsbrüchen zu tun haben.

Nicht nur das Ausmaß der rechtswidrigen Beförderungen befremdet. Auch der Umgang mit diesen eklatanten Rechtsbrüchen durch die zuständige Ministerin Höfken und ihren Staatssekretär Dr. Griese ist im Sinne der Rechtsordnung nicht hinnehmbar und beschädigt nachhaltig das Vertrauen in eine untadelige Amtsführung.

Die Äußerungen Ihrer Regierungssprecherin, dass Sie weder Dienstvorgesetzte noch Vorgesetzte der Mitglieder der Landesregierung seien, geht an der Sache vorbei. Unbestritten weist Ihnen unsere Verfassung in Artikel 104 eine Richtlinienkompetenz zu. Nach Artikel 98 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung haben Sie das Recht – und damit auch die Pflicht –, die Minister zu ernennen und zu entlassen. Gleiches gilt gemäß § 41 Absatz 1 Nummer 1 Landesbeamten-gesetz für Staatssekretäre.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie an den von Ihnen und der Ministerin geleisteten Amtseid erinnern Ihr Amt „getreu der Verfassung und der Gesetze zu führen“. Jedenfalls Ministerin Höfken hat hiergegen unzweifelhaft verstoßen.

Zur verfassungsmäßigen Aufgabe der Opposition zählt die Kontrolle der Exekutive. Deshalb haben wir zunächst an Ministerin Höfken und Staatssekretär Dr. Griese appelliert, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und selbst die notwendigen persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Dies gebietet der Respekt vor dem Amt einer Ministerin und eines Staatssekretärs. Auch hätte es der Demokratie und dem Vertrauen der Bevölkerung in das rechtsstaatliche Handeln der politischen Entscheidungsträger gut getan, wenn hier Selbstreinigungskräfte eingesetzt hätten.

Diese Chance hat Ministerin Höfken leider nicht nur ungenutzt gelassen. Sie hat den jahrelangen Rechtsbruch sogar mit Formulierungen wie „komprimiertes Verfahren“ etc. schön- und kleingeredet. Bis auf eine folgenlose Entschuldigung und die Zusage, nunmehr – nach ca. zehn Jahren – endlich Recht und Gesetz anzuwenden, gab es keine Konsequenzen aus dem rechtswidrigen Verhalten.

Damit hat sie endgültig die Legitimation verloren, ein hochrangiges Staatsamt zu bekleiden.

Gleiches gilt im Ergebnis für Staatssekretär Dr. Griese. In seiner ihm zugewiesenen Funktion als „Amtschef des Ministeriums“ hat er in den hier genannten Punkten eklatant versagt. Unter seinen Augen wurde geltendes Recht nicht angewendet.

Nach Recherchen des SWR sind seit 2011 160 der 248 vorgenommenen Beförderungen unter Missachtung der rechtlichen Vorgaben erfolgt.

Die Beförderungen der Besoldungsgruppe A 16 und höher haben Sie auf Vorschlag der Ministerin selbst vorgenommen. Ich kann verstehen, wenn Sie sich als Ministerpräsidentin nicht jedes einzelne Auswahlverfahren von Leitungsstellen ansehen, sondern darauf vertrauen,

dass in den Ministerien nach Recht und Gesetz gearbeitet wird. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie – nachdem Ihr Vertrauen in derart eklatanter Weise enttäuscht wurde – ein gesteigertes Interesse daran haben, dass die politisch Verantwortlichen für dieses – um es mit den Worten des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz zu beschreiben – „von Willkür geprägte Beförderungssystem“ zur Rechenschaft gezogen werden.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie nochmals höflich, aber nicht minder nachdrücklich, dazu auf, Ihre Umweltministerin Höfken umgehend zu entlassen und Staatssekretär Dr. Griese gleichzeitig in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität des Behördenhandelns gewahrt bleibt.

Herzliche Grüße,

Ihr



Christian Baldauf